



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

Wir müssen unsere Werte verteidigen!

Sanktionen sind ein notwendiges Signal an Moskau

In guter Tradition gab Bundeskanzlerin Angela Merkel unmittelbar vor Frühjahrstreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag. Im Mittelpunkt der Brüsseler Beratungen wird natürlich die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland stehen.

Bundeskanzlerin Merkel sieht Russland zunehmend international isoliert. Angesichts des völkerrechtswidrigen Verhaltens der Regierung in Moskau erklärte sie die Zusammenarbeit im Rahmen der acht Industrienationen für beendet. „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht mehr gegeben ist, gibt es die G8 nicht mehr“, sagte die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Merkel erneuerte ihre Kritik an dem sogenannten Referendum auf der Krim: Es „entsprach weder der ukrainischen Verfassung noch den Standards des Völkerrechts“, sagte die Kanzlerin. Das Ergebnis der Abstimmung werde die internationale Völkergemeinschaft nicht anerkennen. Es handele sich um eine einseitige Veränderung von Grenzen. Merkel wies darauf hin, dass eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die das Referendum verurteilte, nur am russischen Veto gescheitert sei.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden nach Ankündigung von Merkel die Sanktionen der Stufe II ausweiten. Vor zwei Wochen hatte sich die Europäische Union auf einen Drei-Stufen-Plan von Strafmaßnahmen geeinigt. Ob die geplanten deutsch-russischen Konsultationen Ende April stattfinden werden, sei derzeit offen, sagte die Regierungschefin. Merkel bekräftigte, dass Deutschland und die Europäische Union die Ukraine mit konkreter Hilfe unterstützen wollen. Das Hilfsprogramm der EU müsse jetzt schnell umgesetzt werden, forderte die Kanzlerin.

Der Frühjahrsgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs konzentriert sich üblicherweise auf wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Vor diesem Hintergrund zog Merkel eine positive Zwischenbilanz der Bemühungen, die gemeinsame europäische Währung zu stabilisieren und die Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Wachstum und Beschäftigung sind nach den Worten der Kanzlerin der Schlüssel dafür, „um stärker aus der Krise herauszukommen als wir in sie hineingegangen sind“. Die Euro-Zone als Ganzes habe erstmals nach schweren Jahren die Rezession hinter sich gelassen. Die Europäische Kommission rechne für 2014 mit einem Wachstum von 1,2 Prozent. Der Aufschwung sei allerdings keineswegs gesichert, warnte sie. Eine weitere wirtschaftspolitische Koordinierung sei notwendig, denn eine Konzentration auf Fiskaldisziplin allein reiche nicht aus.

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation in der Ukraine zog der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder die Lehre aus den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern das Recht muss das Starke sein in der Welt“, sagte er. Er sei dankbar, dass der überwiegende Teil des Bundestages, abgesehen von „ganz links“, hinter der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union stehe, wenn es um die Reaktionen gegenüber Moskau gehe. Kauder dankte der deutschen Wirtschaft, die sich ebenfalls hinter die Politik der Bundesregierung gestellt hätte. Wirtschaftliche Sanktionen seien unter Umständen schmerzhaft, jedoch sei nichts schmerzhafter, als Willkür ausgeliefert zu sein, hatte DIHK-Präsident Eric Schweitzer erklärt. „Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft und eine Friedenssicherung“, rief Kauder in Erinnerung. Diese Botschaft müsse von dem EU-Gipfel ausgehen.

NSA-Untersuchungsausschuss eingesetzt

Abhörpraktiken von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland haben eine intensive Diskussion über Art und Umfang dieser Aktivitäten ausgelöst. Der Deutsche Bundestag setzte zur Klärung dieser Vorgänge in dieser Woche den Untersuchungsausschuss „NSA“ ein, der u.a. feststellen soll, „ob, in welcher Weise und in welchem Umfang“ Nachrichtendienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands („Five-Eyes“-Bündnis) deutsche Daten in Deutschland ausgespäht, ausgewertet und weitergegeben haben und ob Stellen des Bundes davon wussten oder daran beteiligt waren. Dem Gremium wird mein „Wahlkreisnachbar“ Clemens Binninger aus Böblingen vorstehen, der lange Erfahrung sowohl als Polizist als auch als Innenpolitiker mitbringt. Hintergrund: Im vergangenen Sommer war bekanntgeworden, dass die National Security Agency (NSA) der USA im großen Stil die Kommunikation in Deutschland überwacht. Auch das Handy von Kanzlerin Angela Merkel hatte der Geheimdienst über Jahre hinweg abgehört. Aber auch andere Nachrichtendienste sollen Daten in Deutschland ausspioniert haben. Noch immer kommen regelmäßig neue Enthüllungen ans Licht. Der Ausschuss soll die Affäre nun aufarbeiten.

Verfassungsgericht bestätigt ESM

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche sein Urteil im Hauptsacheverfahren zur Ratifizierung von Fiskalvertrag und Europäischem Stabilitätsmechanismus (ESM) verkündet. Es hat endgültig bestätigt, dass beide Verträge grundgesetzkonform sind. Die Antragsteller sind auf ganzer Linie damit gescheitert, die Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM in Deutschland zu verhindern. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass die Haushaltsautonomie des Bundestags bei Hilfsprogrammen aus dem ESM gewährleistet ist, weil der Bundestag umfassende Regelungen zur Parlamentsbeteiligung im Rahmen des ESM beschlossen hat. Hintergrund: ESM und Fiskalvertrag sind wesentliche Säulen einer neuen Stabilitätsarchitektur für Europa. Der Fiskalvertrag verpflichtet alle Vertragsparteien, strikte nationale Schuldenregeln umzusetzen. Der ESM ist ein Krisenreaktionsmechanismus, der in akuten Fällen gegen strikte Auflagen finanzielle Hilfen an Mitgliedstaaten gewähren kann.

Zukunft der freiberuflichen Hebammen muss gesichert werden

In den letzten Wochen protestierten bundesweit Hebammen, weil sie durch stark gestiegene Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung ihre Zukunft gefährdet sehen. Zudem hat ein großes Versicherungsunternehmen angekündigt, ab Mitte 2015 Risiken aus der Geburtshilfe überhaupt nicht mehr zu versichern. Würden dem alle Versicherer folgen, käme dies einem Berufsverbot für Hebammen gleich, die in der Geburtshilfe tätig sind. Grund für die enormen Prämiensteigerungen sind die rasant gestiegenen Schadenssummen. Kinder, die bei der Geburt einen Schaden erlitten, leben heute sehr viel länger und entsprechend beziffern die Gerichte den hypothetischen Verdienstaufschlag. Insbesondere Großschäden haben sich in den letzten Jahren erheblich verteuert. Wichtig ist aber: Lediglich die Versicherungsprämien steigen deutlich an, die auch die Geburtshilfe abdecken. Freiberuflich tätige Hebammen, die ausschließlich Kurse oder Vor- und Nachsorge anbieten, sind von dieser Prämiensteigerung ausgenommen.

CDU und CSU wollen, dass die Geburtshilfe überall in Deutschland angeboten werden kann. Das steht bewusst so im Koalitionsvertrag. Dafür ist einerseits eine angemessene Vergütung der Hebammen nötig und andererseits bezahlbare Haftpflichtprämien. Unser Ziel ist es ganz klar, dass Hebammen auch in Zukunft freiberuflich tätig sein können. Dabei sind zwei Bereiche zu trennen: Die steigenden Versicherungsprämien sind durch die Krankenkassen zu finanzieren. Dazu sind die Vergütungen der Hebammen bereits im letzten Jahr gestiegen. Für dieses Jahr laufen entsprechende Gespräche. Schwieriger gestaltet sich die Frage der grundsätzlichen Bereitschaft von Versicherungen, Schäden aus der Geburtshilfe abzudecken. Hier wird es wahrscheinlich keine einfache Lösung geben. Die Haftpflichtschäden sind gerichtlich festgestellte Behandlungsfehler. Dieses Risiko einfach auf Dritte, z.B. den Steuerzahler, zu übertragen ist höchst problematisch, weil dies Folgen auch für andere Berufsgruppen haben könnte, die ebenfalls zu einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet sind. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird hierzu im April erste Vorschläge unterbreiten. Bei der Diskussion darf aber auch nicht übersehen werden, dass jährlich lediglich 1,6 Prozent der Neugeborenen außerhalb von Kliniken auf die Welt gebracht werden.